

Holthus, Manfred

Article — Digitized Version

Konkurrenz um IWF-Mittel?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Holthus, Manfred (1990) : Konkurrenz um IWF-Mittel?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 70, Iss. 5, pp. 224-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136632>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Am 8. Mai hat im Rahmen der gemeinsamen Frühjahrstagung der Bretton-Woods-Institute der Interimsausschuß des IWF die fällige neunte Quotenerhöhung des Fonds beschlossen. Die 152 Mitglieder des IWF werden verpflichtet, bis Ende 1991 diese Entscheidung zu ratifizieren, die das Kapital des IWF um 50% auf rund 180 Mrd. US-\$ aufstocken wird. Die Quotenerhöhung ist an eine Satzungsänderung gebunden, die den IWF mit einem neuen Sanktionsmechanismus gegen säumige Mitglieder ausstatten soll. Da die Satzungsänderung 85% der Stimmrechte bedarf, könnte sich das Inkrafttreten der Quotenerhöhung noch einmal verzögern. Aber erst einmal ist ein mehr als zweijähriges Tauziehen um die Kapitalausstattung des Fonds beendet.

Wichtigstes Ziel der geplanten Kapitalzufuhr ist es, dem Fonds ausreichende Mittel für die in den 90er Jahren anstehenden Aufgaben zu verschaffen. Dabei stehen zwei Problemkreise an vorderster Stelle der Tagesordnung: die Lösung der seit 1982 andauernden Schuldenkrise der Dritten Welt sowie die Eingliederung der bisherigen Zentralverwaltungswirtschaften Osteuropas in die Weltwirtschaft. So unterschiedlich die beiden Aufgaben auf den ersten Blick auch sein mögen, so weisen sie zumindest eine Gemeinsamkeit auf: hier wie dort wird erwartet, daß ein umfangreicher Zufluß externen Kapitals die Anpassungs- und Erneuerungsprozesse beschleunigen und nach Möglichkeit sozial verträglich gestalten hilft.

Von den Rängeleien um die Länderrangfolge der Quoten einmal abgesehen, stand dieser Aspekt im Vordergrund der Diskussionen. Die Entwicklungsländer forderten – und sie sahen sich darin mit dem Geschäftsführenden Direktor Michel Camdessus einig – eine Verdoppelung der Quoten auf insgesamt 240 Mrd. \$. Sie befürchteten, daß für sie in Konkurrenz mit den osteu-



Manfred Holthus

Konkurrenz um IWF-Mittel?

ropäischen Staaten zu wenig abfallen würde. Die USA vertraten das andere Extrem und gestanden nur eine Aufstockung um 50% unter der Bedingung zu, daß das Problem der Zahlungsrückstände von derzeit elf Mitgliedsländern in Höhe von über 4 Mrd. \$ gelöst und die Sanktionsmechanismen des Fonds für solche Fälle gestärkt würden. Die USA sind der Dritten Welt nunmehr insofern entgegengekommen, daß sie der Bildung eines Sonderfonds sowie die Inanspruchnahme der erweiterten Strukturanpassungsfazilität zur Beseitigung der Zahlungsrückstände zustimmten und mit einer erneuten Prüfung der Notwendigkeit einer weiteren Quotenaufstockung bereits bis 31. März 1993 und nicht erst wie üblich nach fünf Jahren einverstanden waren.

Diese Fähigkeit des IWF, seinen Mitgliedern Kredite zu gewähren, hängt natürlich nicht nur von der Mittelausstattung, sondern auch von der Rückzahlungsmoral seiner Kreditnehmer ab. Der neue Sanktionsmechanismus regt sicherlich zu größerer Rückzahlungsdisziplin an und liegt somit auch im Interesse der Entwicklungsländer. Dennoch mag sich ihre Auffassung als richtig erweisen, die Kapitalzuführung sei angesichts der anstehenden Aufgaben zu niedrig ausgefallen; annähernd genau ermitteln läßt sich der

Finanzbedarf vorher aber grundsätzlich nicht.

Da die Quote eines Mitgliedslandes zusammen mit den Modalitäten der einzelnen Ziehungsmöglichkeiten seinen maximalen Zugang (Kreditrahmen) zu den Fondsmitteln definiert, auf den es bei Einhaltung bestimmter Bedingungen (Konditionalität) einen Rechtsanspruch hat, konkurrieren Dritte Welt und Osteuropa nicht direkt um diese Mittel. Die Konditionalität aber, d.h. die mit der Kreditvergabe ausgesprochene Anerkennung eines Reformprogramms begründet die Katalysatorwirkung der IWF-Kredite. Sie löst bei anderen, insbesondere auch privaten Gebern die Bereitschaft zum Engagement in diesem Land aus. Je glaubwürdiger das Reformprogramm, desto größer ist der zu erwartende freiwillige Mittelzufluß. Um diese Mittel stehen Dritte Welt und Osteuropa aber durchaus in Konkurrenz. Der Druck zur Reform ist dabei um so größer, je niedriger die im einzelnen vom IWF selbst zu erwartenden Kredite sind.

So wird vermutlich der Wettbewerb um externes Kapital auch in der Dritten Welt mehr Reformen bewirken als in vielen Jahren durch Politikdialog und dergleichen erreicht werden konnten. Das gilt um so mehr, als anhaltend hohe und eher steigende als sinkende internationale Realzinsen darauf hinweisen, daß Kapital zunehmend knapper wird. Ein Anstieg des Zinsniveaus allein um 2 Prozentpunkte würde aber den Erfolg aller beschlossenen Ansätze zur Reduzierung der Schulden der Entwicklungsländer zunichte machen. Die Ursache für die Verknappung des Kapitals liegt nicht zuletzt in der seit Mitte der 70er Jahre weltweit drastisch gesunkenen Ersparnisbildung, insbesondere aufgrund der Ausgabengestaltung der öffentlichen Haushalte. Dritte Welt, Osteuropa und Industrieländer sollten sich daher mehr um die Rückführung der Ersparnisbildung auf frühere Niveaus als um die Verteilung vorhandenen Kapitals streiten.